



CGFP

fonction publique

numéro 51, septembre 2022
paraît 6 fois par an
11^{ème} année

compact



DIE CGFP DULDET KEINE ANGRIFFE AUF DEN ÖFFENTLICHEN DIENST

Wie steht es um die Solidarität in der heutigen Zeit? Gerade jetzt, wo sich infolge des Ukraine-Kriegs, dem inflationsbedingten Kaufkraftverlust und des immer noch grassierenden Covid-19-Virus zunehmend Angst und Unsicherheit verbreiten, verfallen manche Akteure wieder reflexartig in alte Gewohnheiten. Eine davon besteht darin, den Staatsdienst an den Pranger zu stellen oder – wie jüngst geschehen – völlig zu ignorieren. Statt dem öffentlichen Dienst unlauteren Wettbewerb vorzuwerfen, sollten die Kritiker ihre ungerechtfertigten Beschuldigungen zügeln.

Die Solidarität stand im Mittelpunkt jener Reden, die anlässlich der zivilen Feier zum Nationalfeiertag in der Philharmonie vorgetragen wurden. Premierminister Bettel dankte all denen, die dazu beitrugen, dass Luxemburg die Pandemie bislang verhältnismäßig gut überstanden hat.

Dabei richtete er sich u.a. an die rund 200.000 Grenzgänger. Lob ernteten damals auch die in Luxemburg ansässigen Unternehmen für ihren Einsatz im Kampf gegen die Corona-Krise. Der öffentliche Dienst hingegen wurde bedauerlicherweise mit keinem einzigen Satz erwähnt.

Bei allem Respekt für die Anstrengungen, die sowohl im Gesundheitswesen als auch in der Privatwirtschaft unternommen wurden: Dem Staatsminister wäre kein Zacken aus der Krone gebrochen, wenn er in seiner Ansprache auf die Verdienste des öffentlichen Dienstes, seines eigenen Personals also, eingegangen wäre. Handelte es sich damals um ein bloßes Versehen? Oder steckt etwas mehr dahinter? Erwähnte der Premierminister den Staatsdienst nicht, weil er befürchtete, mit berechtigten Forderungen konfrontiert zu werden?

Tatsache ist, dass sich in letzter Zeit die gegen den Staatsdienst gerichteten Angriffe häufen. Die Gespräche, die im Rahmen des Europäischen Semesters geführt wurden, haben eindrucksvoll gezeigt, dass manche Spitzenvertre-

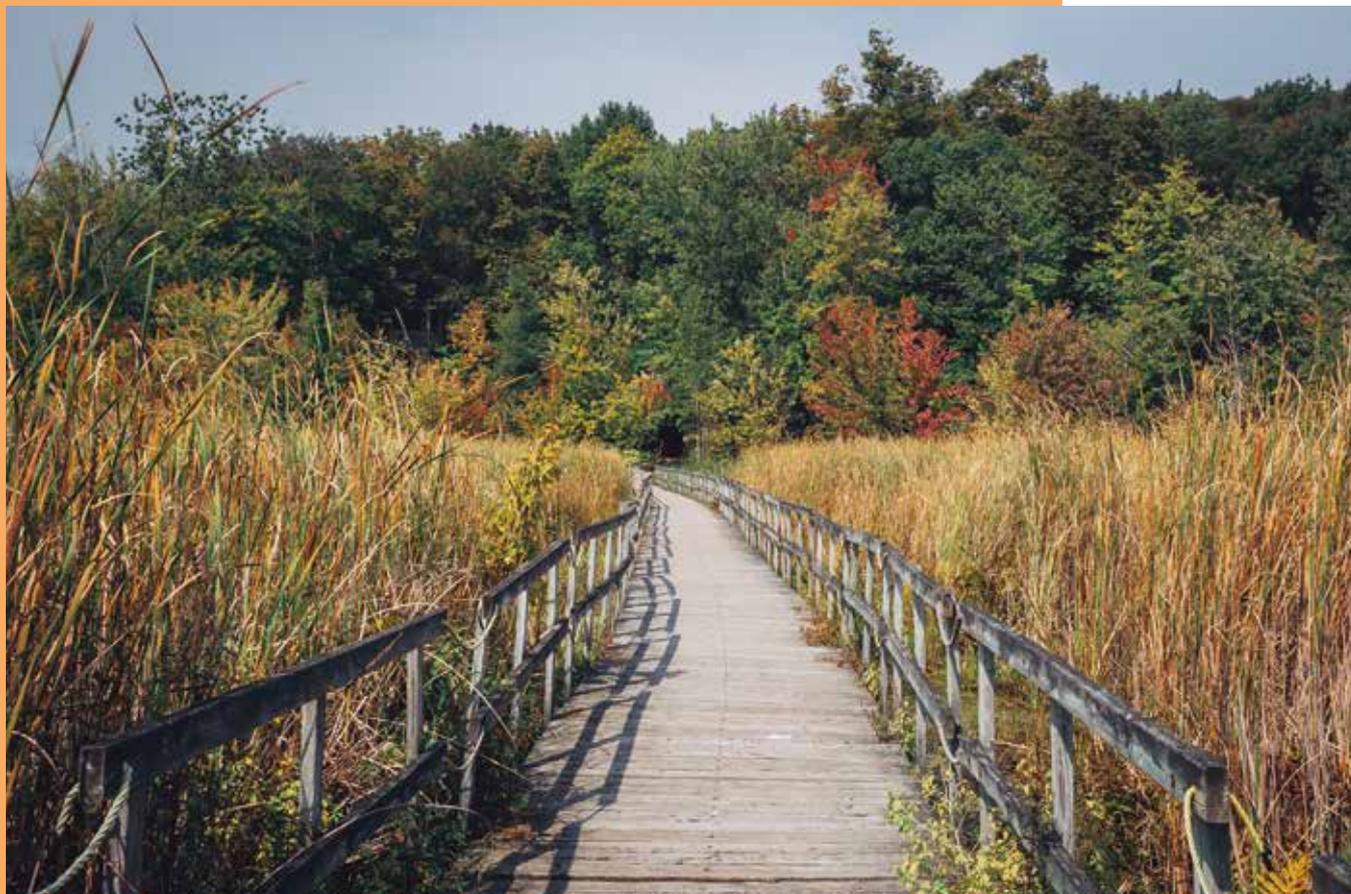
Fortsetzung siehe Seite 3

PERIODIQUE

POST
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/700



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour les membres de la CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47-1 • Fax 24 15 24 • e-mail: info@luxvoyages.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

Fortsetzung von Seite 1

ter des Patronats eine eigenartige Vorstellung von Solidarität haben. An die Regierung ging der Aufruf, trotz einer stark wachsenden Einwohnerzahl den Personalbestand im staatlichen und kommunalen Bereich nicht zu erhöhen. Die öffentliche Hand betreibe ohnehin schon einen unlauteren Wettbewerb, lautete der Vorwurf. Die Regierungsvertreter hörten andächtig zu, ohne diesen haarsträubenden Beschuldigungen auch nur ansatzweise zu widersprechen.

Zu den „üblichen Verdächtigen“, die immer wieder gegen den öffentlichen Dienst wettern, gehört auch die Handelskammer. Im Rahmen einer Pressekonferenz wurde behauptet, die Digitalisierung könne beim Staat zu erheblichen Einsparungen führen. Der öffentliche Dienst zähle derzeit beinahe 100.000 Beschäftigte. „Bei unveränderter Politik“ werde diese Zahl bis 2030 auf 130.000 Mitarbeiter ansteigen.

Wenn das in der Automatisierung schlummernde Potenzial im vollen Umfang genutzt werde, könnten allein in der öffentlichen Verwaltung 37 % eingespart werden, monierte die „Chambre de commerce“. Im Bildungswesen sowie im sozialen Bereich liege das Einsparpotenzial bei 26 % bzw. 36 %. In einem Anflug von Euphorie prophezeite die Handelskammer, dank der Digitalisierung ließe sich die Zahl der Staatsbediensteten stabilisieren. Bis zum Jahr 2030 könnten somit elf Milliarden Euro eingespart werden. Diese finanziellen Mittel könnten anschließend für andere Zwecke verwendet werden, hieß es weiter.

Personelle Engpässe

Auch wenn es kein Novum darstellt, dass einige Arbeitgebervertreter regelmäßig versuchen, mit Populismus und Unwahrheiten Stimmung gegen den Staatsdienst zu machen, lassen diese abenteuerlichen Äußerungen dennoch aufhorchen. Die Behauptung, der Staat beschäftige zurzeit 100.000 Menschen, ist faktisch falsch. Zur Erinnerung: Die Berufskammer aller öffentlich Bediensteten zählt rund 55.000 Mitglieder.

Zudem scheint die besagte Institution noch immer nicht erkannt zu haben, dass gesellschaftliche Stresstests wie die Pandemie und deren Folgen ohne einen funktionstüchtigen öffentlichen Dienst nicht zu meistern sind. Die Forderung, keine zusätzlichen Mitarbeiter bei Staat und Gemeinden mehr einzustellen, ist fernab der Realität. Bereits jetzt zeichnet sich in manchen Bereichen des Staatsdienstes ein Fachkräftemangel ab.

Luxemburg stellt dabei keine Ausnahme dar. In Deutschland z.B. warnte erst neulich eine Studie vor dieser besorgniserregenden Entwicklung. Schätzungen zufolge könnten mehr als



eine Million Beschäftigte in wenigen Jahren fehlen, so die Befürchtung. Hierzulande scheinen sich jedoch manche Patronatsvertreter keinen Deut um die Folgen einer Nichtbesetzung von wichtigen staatlichen Stellen zu scheren.

Die Konsequenzen eines chronischen Personalmangels lassen sich am besten anhand von einigen Beispielen beschreiben. Wie soll z.B. die öffentliche Ordnung bei einer stark wachsenden demografischen Entwicklung ohne personelle Aufstockung in Zukunft noch gewährleistet bleiben? Im Bereich der Lebensmittelsicherheit würde ein Einstellungsstopp notgedrungen zu einem drastischen Rückgang der erforderlichen Kontrollen führen. Und was wäre, wenn dem Rettungswesen nicht genügend Mitarbeiter zur Verfügung stünden? Eine Rekrutierungssperre würde unweigerlich zur Folge haben, dass die Krankenwagen nicht mehr überall so schnell an Ort und Stelle wären, wie dies jetzt der Fall ist.

Abenteuerliche Thesen

Gleiches gilt für die Cybersicherheit. Auch hier muss der Staat auf hoch qualifizierte und kompetente Mitarbeiter zurückgreifen können, die in der Lage sind, die nötigen Vorkehrungen zu treffen, damit der organisierten Kriminalität nicht Tür und Tor offenstehen. Die Liste dieser Beispiele ließe sich unendlich erweitern. Bier-tischgespräche und Populismus sind bei einem derart wichtigen Thema nicht angebracht. Statt abenteuerliche Thesen aufzustellen, täten einige Arbeitgebervertreter besser daran, sich in Zurückhaltung zu üben.

Bei allen Bemühungen, die unternommen werden, um den digitalen Wandel voranzutreiben, sollte nicht vergessen werden, dass hinter dem ganzen Modernisierungsprozess eine menschliche Komponente steckt. Eine

Fortsetzung siehe Seite 5



Organe de la Confédération Générale de la Fonction Publique **CGFP**

Éditeur: **CGFP**

488, route de Longwy, L-1940 Luxembourg

Tél.: 26 48 27 27 – Fax: 26 48 29 29

E-mail: cgfp@cgfp.lu

Rédaction: Tél.: 26 48 27 27-1

Impression: SNE-Editions S.à.r.l.

La reproduction d'articles, même par extraits, n'est autorisée qu'en cas d'indication de la source. Les articles signés ne reflètent pas nécessairement l'avis de la CGFP.



MOINS CHER MAIS PAS MOINS COUVERT

**SOLDE
RESTANT
DÛ**

Votre assurance solde
restant dû moins chère
Comparez les garanties

www.cgfp-assurances.lu


CGFP
Assurances

18, rue Érasme
L-1468 Luxembourg
tél. (+352) 27 04 28 01
info@cgfp-assurances.lu

sinnvolle und effiziente Digitalisierung beruht stets auf einer guten Kommunikation. Die Entscheidungsträger sollten deshalb nicht im Alleingang handeln, sondern sowohl die Gewerkschaften als auch die Personalvertretungen und die Mitarbeiter frühzeitig in ihre Pläne einweihen.

Im Austausch mit all diesen Akteuren gilt es, gemeinsam die Zielsetzung festzulegen. Wenn die Beschäftigten von Beginn an über den Sinn und Zweck der bevorstehenden Änderungen aufgeklärt werden, stoßen die Beschlüsse auf eine breitere Akzeptanz. Durch diesen offenen Austausch werden Ängste und mögliche Vorurteile abgebaut.

Die CGFP tritt dafür ein, dass bei der Digitalisierungswelle niemand auf der Strecke bleibt – auch nicht die älteren Mitarbeiter. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Nutzung der digitalen Tools nicht zu einem Albtraum wird. Der digitale Wandel muss so gestaltet werden, dass sowohl die Interessen der gegenwärtigen als auch jene der künftigen Generationen berücksichtigt werden. Dabei darf die soziale Komponente nicht zu kurz kommen.

Kampf gegen menschenverachtende Praktiken

Die CGFP widersetzt sich kategorisch einer Automatisierung, die ausschließlich darauf abzielt, Arbeitsstellen wegzurationalisieren. Verdienstvolle Beschäftigte aufs Abstellgleis zu schieben, stellt keine sinnvolle Option dar. Menschenverachtenden Praktiken, die auf Kosten der Mitarbeiter einzig und allein einer Profitmaximierung dienen, sollte die Politik mit entsprechenden steuerlichen Maßnahmen entgegensteuern.



In manchen Arbeitgeberkreisen geistert unterdessen die Vorstellung, jenen Betrieben, die Investitionen im Bereich der Digitalisierung tätigen, einen Steuerabzug zu gewähren. Aus Sicht der Arbeitgeber mag dieser Vorschlag durchaus frohlockend erscheinen: Betriebe, die Geld in den digitalen Wandel stecken, würden somit zuerst in den Genuss von Steuerermäßigungen kommen und anschließend bei der Abschreibung der betreffenden Investitionen nochmals Steuern sparen.

Sich auf diesen Vorstoß einzulassen und dabei auf eine erhebliche steuerliche Entlastung für die Haushalte zu verzichten, würde die Regierung bei den Bürgern in Erklärungsnot bringen. Fakt ist, dass sich die öffentlichen Finanzen in der ersten Jahreshälfte gut entwickelt haben.

Die Einnahmen des Zentralstaates übersteigen jene vom vergangenen Jahr um 10,9 %.

Angesichts der grassierenden hohen Inflation und der wachsenden sozialen Ungleichheiten drängt sich zunehmend eine stärkere Besteuerung des Kapitals auf. In der Juli-Ausgabe von „fonction publique“ hatten wir bereits darauf hingewiesen, dass die Verteilung der Steuerlast aus den Fugen geraten ist. 2021 machte der Faktor Arbeit 73,2 % der direkten Steuereinnahmen aus. Die Kapitalbesteuerung stellte lediglich 26,8 % dar. Vor 20 Jahren hielten sich die Unternehmen und die Haushalte bei der Steuerlast noch die Waage. Das einstige Gleichgewicht gilt es wiederherzustellen.

Max Lemmer



Avez-vous changé d'adresse?

Alors n'oubliez pas de nous le faire savoir en renvoyant le talon-réponse ci-dessous à la

CGFP
488, route de Longwy
L-1940 Luxembourg

ou en utilisant le formulaire électronique sous:
www.cgfp.lu/contact/changement-adresse

Ancienne adresse

Nom:
Prénom:
No et rue:
Code postal:
Localité:
téléphone:

Nouvelle adresse

Nom:
Prénom:
No et rue:
Code postal:
Localité:
email:

CGFP: Gerechte Besteuerung der Telearbeit für Grenzgänger im öffentlichen Dienst

Inmitten der Corona-Krise galten für die im Homeoffice tätigen Grenzgänger steuerliche Sonderbestimmungen. Inzwischen wurden jedoch diese Ausnahmeregelungen bei der Einkommensbesteuerung aufgehoben. Infolgedessen wurde die CGFP von ihren Mitgliedern mit einer Vielzahl von Fragen befasst. Der große Klärungsbedarf, der diesbezüglich herrscht, veranlasste die CGFP dazu, eine erste Unterredung mit Finanzministerin Yuriko Backes zu beantragen, die am vergangenen 28. Juli in einem konstruktiven Klima stattfand.

Für die in der Privatwirtschaft tätigen Grenzgänger, die von zu Hause aus arbeiten, ist die Anzahl der in Luxemburg besteuerten Homeoffice-Tage seit dem 1. Juli wieder begrenzt. In Deutschland darf das Quorum von 19 Tagen pro Jahr nicht mehr überschritten werden, ansonsten wird der Arbeitnehmer wieder in Deutschland besteuert. In Frankreich liegt die Toleranzgrenze bei jährlich 29 Tagen. In Belgien wird diese rückwirkend zum 1. Januar dieses Jahres nach beidseitiger Ratifizierung des bestehenden Abkommens von 24 auf 34 Tage erhöht.

Diese für den Privatsektor geltenden Bestimmungen beziehen sich jedoch nicht auf einen Großteil der öffentlich Bediensteten, bestätigte das Finanzministerium der CGFP gegenüber. Für diese Beschäftigten aus dem staatlichen und kommunalen Sektor bestehen demnach diese Toleranzwerte nicht*. Die Finanzministerin räumte diesbezüglich eine „gewisse Diskriminierung“ ein.

Angesichts der unübersichtlichen Lage ist es derzeit für die im nahen Ausland wohnenden

Staatsbediensteten schwierig, noch den Überblick zu behalten. Die CGFP appelliert deshalb an die Regierung, die Grenzgänger nicht im Stich zu lassen, zumal infolge der verschärften Wohnungsprobleme auch immer mehr Staatsbedienstete ihren Wohnsitz in das nahe Ausland verlegen.

Regierung muss mit den Nachbarstaaten verhandeln

Die CGFP hat die Finanzministerin dazu aufgefordert, die Verhandlungen mit den Nachbarländern zu intensivieren, um somit eine dauerhafte Lösung für die im Staatsdienst tätigen Pendler zu finden. Ohne einen konkreten Zeitplan zu nennen, versicherte die Ministerin, dass sich ihr Ministerium darum bemühe, gemeinsam mit den Nachbarländern die Ungleichbehandlung durch Anpassungen bei den entsprechenden Steuerkonventionen aus der Welt zu schaffen.

In diesem Zusammenhang forderte die CGFP-Exekutive, dass öffentlich Bedienstete im Vergleich zum Privatsektor keine Nachteile erfahren dürfen. Zudem dürfen in keinem der drei Nachbarstaaten Verschlechterungen gegenüber den in Corona-Zeiten beschlossenen Sonderregelungen entstehen. Staatsbedienstete, die in Deutschland, Frankreich oder Belgien Telearbeit leisten, dürfen nicht steuerlich benachteiligt werden – unabhängig von der Anzahl der geleisteten Homeoffice-Tage.

Ursprünglich hatte die CGFP die beiden Regierungsmitglieder Yuriko Backes und Marc Hansen um eine gemeinsame Unterredung gebeten, die jedoch bedauerlicherweise nicht

zustande kam. Für den Minister des öffentlichen Dienstes scheinen zudem auch die Herausforderungen im Kampf gegen den Klimawandel völlig zweitrangig zu sein. Wie sonst ist es zu erklären, dass sich das besagte Regierungsmitglied bis Redaktionsschluss immer noch geweigert hat, festzulegen, wie oft Staatsbedienstete in Zukunft im Homeoffice arbeiten dürfen. Dabei würde eine Rotation zwischen Heimarbeit und Anwesenheitszeiten es ermöglichen, die Fahrt zum Arbeitsplatz einzudämmen und somit die CO₂-Emissionen deutlich zu verringern.

CGFP: Mindestens ein Tag Homeoffice pro Woche

Die CGFP bleibt bei ihrer Forderung, den öffentlich Bediensteten mindestens einen Tag Homeoffice pro Woche zu gewähren, es sei denn, der betreffende Verwaltungschef kann seine Verweigerung mit triftigen Gründen rechtfertigen. Rückendeckung erhält die CGFP in diesem Punkt inzwischen auch von zwei Regierungsparteien.

Den Beweis dafür, dass die CGFP-Forderung keineswegs überzogen ist, liefert eine rekordverdächtige Petition, die sogar zwei Tage Homeoffice pro Woche fordert – auch für Grenzgänger. Der Bittsteller hat mit der gestarteten Petition innerhalb kürzester Zeit das Quorum für eine Debatte im zuständigen Parlamentsausschuss erreicht. **ml**

* Nähere Einzelheiten betreffend die Besteuerung der Telearbeit im öffentlichen Dienst finden Sie auf der Homepage der Steuerverwaltung: <https://impotsdirects.public.lu/fr/archive/Actualites/actu14072022.html>



Die Regierung versuche eine dauerhafte Lösung mit den Nachbarstaaten zu finden, um die steuerliche Ungleichbehandlung der im Staatsdienst tätigen Pendler zu beseitigen, versicherte Finanzministerin Yuriko Backes bei ihrer Unterredung mit der CGFP-Exekutive. Einen konkreten Zeitplan nannte sie dabei jedoch nicht.



Arbeitsreiche Sozialrentree

CGFP: Finanzielle Entlastung auch für die Mittelschicht

Angesichts der inflationsbedingten finanziellen Belastungen kündigt sich ein heißer Herbst an. Der Kaufkraftverlust der Haushalte sowie die sich zuspitzende Energiekrise und die bevorstehenden Gehälterverhandlungen im öffentlichen Dienst: All diese Herausforderungen gilt es, in den kommenden Monaten zu bewältigen. Die CGFP hat dazu bereits im Vorfeld eine klare Stellung bezogen.

Bereits im August ließen die jüngsten Statec-Inflationsberechnungen darauf schließen, dass eine weitere Indextranche noch vor Jahresende fällig wird.

Am 2. September bestätigte Premier Bettel beim Pressebriefing nach einer Ministerratssitzung, dass eine Neuauflage der Tripartite-Verhandlungen vom 18. bis zum 20. September vorgesehen sei. Bei Bedarf würden die Gespräche darüber hinaus verlängert werden, hieß es damals. Ohne der Sitzung des CGFP-Nationalvorstandes vorzugreifen, hatte die CGFP-Exekutive bereits im Juli und im August, noch vor Bekanntgabe der Termine für bilaterale Treffen, in mehreren Radio- und Zeitungsinterviews auf die Einhaltung einiger Grundprinzipien gepocht.

Kein „Weiter so wie bisher“

„Den Verschiebungen von Indextranchen muss ein Ende gesetzt werden“, stellte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff am 3. August in der RTL-Sendung „Invité von der Redaktioun“ klar. Von Steuerkrediten begleitete Index-Verschiebungen dürften nicht zur Regel werden, hieß es weiter. Zudem sei die Streichung einer Indextranche für die CGFP völlig ausgeschlossen.

Noch am gleichen Tag erhielt die CGFP Rückendeckung vom Wirtschaftsminister. Gegenüber RTL Télé Lëtzebuerg betonte Franz Fayot, dass keine Indextranche gestrichen werden dürfe. Auch andere Spitzenpolitiker aus

dem Mehrheitslager hatten vor den Sommerferien lauthals im Parlament verkündet, der Indexmechanismus werde nicht infrage gestellt.

Von Beginn an forderte die CGFP, dass die nächste Tripartite anders verlaufen müsse, als dies noch im März der Fall gewesen sei. Diesbezüglich fanden am 25. August erste bilaterale Beratungsgespräche statt, die

am 14. September fortgesetzt wurden. Zuvor hatte Premierminister Bettel getwittert, er wolle erfahren, wie die Sozialpartner die aktuelle Lage einschätzen. Diese Initiative war lobenswert. Doch einfach nur zuhören reicht nicht: Die Regierung muss dringend liefern! Die CGFP verlangte verlässliche Zahlen, die nicht schon wenige Tage nach ihrer Veröffentlichung wieder überholt sind. Der Wirtschaftsminister sprach sich für „eine ehrliche Bestandsaufnahme“ aus. Bei Redaktionsschluss stand noch nicht fest, ob die Regierung dieses Versprechen erfüllt.

Die künftigen Verhandlungen dürfen auch nicht mehr unter Zeitdruck stattfinden, stellte die CGFP klar. Anstatt erneut zu versuchen, mit

Fortsetzung siehe Seite 8





Fortsetzung von Seite 7

dem Brecheisenein Abkommen zu erzielen, wäre Blau-Rot-Grün dieses Mal gut beraten, verstärkt auf die Einwände der Gewerkschaften einzugehen, hieß es weiter. Die CGFP werde sich jedenfalls nicht auf halbherzige Beschlüsse einlassen.

Geschlossene Gewerkschaftsfront

Von Beginn an war die CGFP gewillt, sich mit den beiden anderen national repräsentativen Gewerkschaften untereinander abzustimmen, um anschließend in der Tripartite geschlossen aufzutreten. Die unterschiedlichen Standpunkte anlässlich der letzten Dreierrunde haben keineswegs zu einer gewerkschaftlichen Zersplitterung geführt.

Das Dreiertreffen zwischen Regierung, Gewerkschaften und Patronat dürfe zudem nicht ausschließlich vom Index-Thema überschattet werden, betonte die CGFP. Eine selektive Sozialpolitik müsse nicht anhand des Index, sondern mittels einer gerechten Steuerpolitik gestaltet werden.

Seit 2009 wurde die Steuertabelle nicht mehr an die Inflation angepasst. Die CGFP trete für weitere „Tranchen“ in der Mitte der Steuertabelle ein, um somit die kalte Progression abzufedern und den sogenannten „Mittelstandsbockel“ abzuglätten, unterstrich Romain Wolff in einem

„Land“-Interview am 12. August: „Natürlich ist es richtig, den unteren Einkommensschichten zu helfen, aber es wäre genauso wichtig, die zu entlasten, deren Löhne nur leicht darüber liegen.“

Innerhalb der Regierung scheint diesbezüglich Uneinigkeit zu herrschen. Nach eigenem Bekunden könnte sich die LSAP damit anfreunden, die Steuertabelle einer Analyse zu unterziehen. In der DP gibt es hingegen allem Anschein nach unterschiedliche Strömungen. Bei der jüngsten Steuerdebatte im Parlament meinte Finanzministerin Yuriko Backes, eine Anpassung der Steuertabelle würde die Staatsfinanzen allzu sehr belasten. Ein anderes DP-Regierungsmitglied räumte der CGFP in einem vertraulichen Gespräch ein, dass die Forderung nach einer Angleichung der Steuertabelle nachvollziehbar sei.

Der Kaufkraftverlust wird durch die verschärfte Wohnungsnot nur noch zusätzlich angeheizt. Die Parteien werfen derzeit mit Schlagwörtern wie Grund-, Leerstand- oder Mobilisierungssteuer um sich. Konkret wurde bislang jedoch nahezu nichts umgesetzt.

Wo bleibt die „Übergewinnsteuer“?

Zweifelsohne wird der Kaufkraftverlust auch ein Kernthema im Superwahljahr werden. Die Maßnahmen, die die Regierung bis zum Redaktionsschluss in die Wege geleitet hat, (Teuerungszulage, Energiesteuerkredite...) reichen

bei Weitem nicht aus. Bei den großen Energie- und Rohstoffkonzernen sorgen die horrenden Gas-, Öl- und Strompreise für pralle Kassen. Die privaten Verbraucher müssen sich unterdessen auf zusätzliche Belastungen in Höhe von mehreren Hundert Euro pro Jahr gefasst machen. Zur Entlastung der Gering- und Mittelverdiener sind jetzt die politischen Entscheidungsträger gefordert.

Auf europäischer Ebene gibt es konkrete Lösungsansätze. Die EU-Kommission hat die Mitgliedsstaaten dazu ermächtigt, eine befristete „Übergewinnsteuer“ einzuführen. Energiekonzerne, die vom Krieg profitieren und überdurchschnittliche Gewinne erzielen, sollen mit einer Sondersteuer zur Kasse gebeten werden können. Die Steuereinnahmen, die somit generiert werden, sollen die Umverteilung an die Verbraucher finanzieren. Italien, Großbritannien oder Ungarn haben bereits eine Übergewinnsteuer für Energieunternehmen eingeführt. Unerklärlich bleibt, warum ein Großteil der EU-Mitgliedsstaaten derzeit immer noch zögert, diese Maßnahme umzusetzen.

Feuerprobe für die Dreierkoalition

Nach zwei Jahren Pandemie wird die Dreierkoalition in den kommenden Monaten vermutlich auf eine noch härtere Probe gestellt. Die CGFP stellte unmissverständlich klar, dass die künftigen Verhandlungen zum neuen Gehälterabkommen im öffentlichen Dienst unter keinen Umständen mit der Tripartite vermischt werden dürften.

In den vergangenen Jahren hat die CGFP immer wieder Solidarität gezeigt. Im März stimmte der CGFP-Nationalvorstand dem jüngsten Tripartite-Abkommen zu, obwohl ein Großteil der Staatsbediensteten nicht in den Genuss der beschlossenen Steuerkredite gelangt. Auch die umfangreiche staatliche Finanzhilfe, die den Unternehmen während der Corona-Krise zurecht gewährt wurde, ist von der CGFP keineswegs infrage gestellt worden. Inmitten der Pandemie ließ sich die CGFP auf eine Nullrunde beim letzten Besoldungsabkommen ein.

Ab einem gewissen Zeitpunkt müssen jedoch auch die anderen Akteure ihren Beitrag zur Krisenbekämpfung leisten. Statt die Regierung mit unverschämten Forderungen gegen den öffentlichen Dienst aufzuhetzen (siehe dazu auch die Seiten 1 bis 5), täten manche Arbeitgebervertreter besser daran, endlich solidarisch zu handeln.

Bei den künftigen Gehälterverhandlungen sollte die Regierung stets im Hinterkopf behalten, wie wichtig ein leistungsfähiger Staat ist. Hochqualitative und verlässliche staatliche Dienstleistungen haben ihren Preis. Gerade in einer von Krisen geprägten Zeit darf Luxemburg seine Trumpfkarte nicht aus der Hand geben: An einem echten Sozialdialog führt kein Weg vorbei. Sollte diese Absicht scheitern, könnte Luxemburg in naher Zukunft mit Sozialkonflikten konfrontiert werden.

Max Lemmer





Wie soll Luxemburg die anstehende internationale Krise meistern?

Wie äußerst solide unser Land wirtschaftlich und unser Staat finanziell aufgestellt sind, hat „fonction publique“ in der vorigen Ausgabe ausgiebig bewiesen und mit präzisen Zahlen und anschaulichen Grafiken verdeutlicht. Diese sehr positive Einschätzung gilt weiterhin, und sie wird von allen relevanten externen Beobachtern geteilt. Allerdings nicht ohne die klare Einschränkung, dass unsere öffentlichen Infrastrukturen äußerst mangelhaft sind und der Wohnraum hierzulande unzureichend und daher extrem teuer ist.

Auch unter Beachtung der vielfältigen externen Bedrohungen wird unsere Lage weiterhin von allen Ratingagenturen mit der Bestnote AAA bewertet. Es besteht somit kein Grund zur Panik. Den zu erwartenden sozialen Härtefällen und punktuellen Schwierigkeiten kann (und sollte auch unbedingt) mit politischen Maßnahmen entgegengetreten werden. Es ist wichtig, ausdrücklich darauf hinzuweisen, denn – wie im gleichen „fp“-Artikel bereits deutlich betont wurde – Europa und der Welt stehen jetzt sehr schwierige Zeiten bevor, wobei die galoppierende Inflation auch ein Vorzeichen für weiteren Ärger darstellt.

Düstere Wolken am Horizont

Während die Preise in die Höhe schießen, trübt sich nämlich die Konjunktur auf unserem und auf anderen Kontinenten ein; und international wird die wirtschaftliche Lage aus vielfältigen Gründen in vielen Ländern gleichzeitig bedrohlich. Zuerst gibt es eine empfindliche Energieverteuerung, die Menschen mit Niedrigeinkommen und zunehmend auch die Mittelschicht in dramatische Nöte bringen kann, ohne deren Linderung durch die öffentliche Hand auch massive soziale Unruhen ausbrechen können und populistische Extremisten politischen Zulauf erhalten werden. Zweitens kann nun ein gravierender Energiemangel, der sich den schon bestehenden peinlichen Lieferkettenproblemen hinzugesellt und dabei droht,

die Industrieproduktion auszubremsen, nicht mehr ausgeschlossen werden.

Zudem gibt es hohe notwendige Ausgaben für die Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen und die militärische Ausrüstung der dortigen Streitkräfte. Gleichzeitig kündigt sich in gewissen Teilen der Welt eine große Hungersnot an, die sich aber selbst mit hohen Geldbeträgen kaum verhindern lässt. Sinkende Börsenkurse verunsichern die Finanzmärkte und belasten die Bilanzen der Kreditinstitute. Diese Nervosität riskiert den Zugang schwacher Unternehmen zu den erforderlichen Finanzierungen zu verhindern.

Der schnelle Anstieg der Zinssätze, den wir erleben, kann überschuldete Firmen in den Ruin treiben und vor allem aber auch den finanzschwachen Staaten Südeuropas bald ernste Haushaltsprobleme bereiten. Der innereuropäische Zank über die Stabilitäts- und Haushaltspolitik wird wieder mit ärgerlichen Konsequenzen angefacht, während einige Regierungen kaum handlungsfähig sind. In Frankreich z.B. herrscht keine Parlamentsmehrheit und Italien verfügt derzeit über keine Regierung. Dem-

nächst werden weitere Länder destabilisiert, da die Krisenlage fast überall die politische Auseinandersetzung verschärft. Sogar das vom Brexit geschwächte Großbritannien erwägt einen neuen Handelskrieg vom Zaun zu brechen.

Hinzu kommen die schon zuvor existierenden Probleme, die in guten Zeiten nicht gelöst und oft nicht einmal ernsthaft angegangen wurden. Dazu zählen die gigantischen Herausforderungen des Klimawandels, die geopolitischen Auseinandersetzungen mit Russland und China, unsere vernachlässigten Verteidigungsanstrengungen sowie die immer akuter werdenden Cyberbedrohungen, sowohl für die personenbezogenen Daten als auch für das korrekte Funktionieren von wichtigen öffentlichen Infrastrukturen jeglicher Art und von industriellen hochtechnischen Produktionsanlagen.

Das Bild ist vor allem derart düster, weil vieles gleichzeitig auf uns einstürzt. Und die Versäumnisse der Vergangenheit werden nun gnadenlos abgestraft. Dass dabei Luxemburg heute weiterhin politisch voll handlungsfähig bleibt, ver-

Fortsetzung siehe Seite 10





Fortsetzung von Seite 9

danken wir vor allem der Tatsache, dass hier der Staat jahrzehntelang ordentlich gehaushaltet hat und dass solide Wirtschaftsstrukturen proaktiv und beharrlich aufgebaut wurden.

Rettung durch strategische Investitionen

Was steht in den kommenden Monaten in Luxemburg an? An anderer Stelle dieser Ausgabe wird auf die sozialpolitischen Gebote der Stunde eingegangen, die erforderlich sind, nicht zuletzt auch um die Nachfrage der Haushalte im Interesse der Konjunktur abzusichern. Die enorme Preisentwicklung stellt die Indexproblematik in den Fokus. Durch die im Frühling

gewerkschaftlich erkämpften Kompensierungen wurde der Kaufkraftverlust bei den Geringverdienern überproportional ausgeglichen, doch das reicht nun nicht mehr aus.

Aber auch rein wirtschaftspolitisch und konjunkturell gesehen braucht unser Land jetzt ein solides Wachstum und kein krankhaftes Sparen. Es ist absoluter Unsinn, wenn in der derzeitigen Wirtschaftslage und angesichts unserer staatlichen Finanzsituation bestimmte Oppositionspolitiker vor einem baldigen Kollaps der Budgetpolitik warnen, obschon wir mit Abstand der Klassenbeste in Europa sind. Derartiges Gerede ist billigste populistische Demagogie.

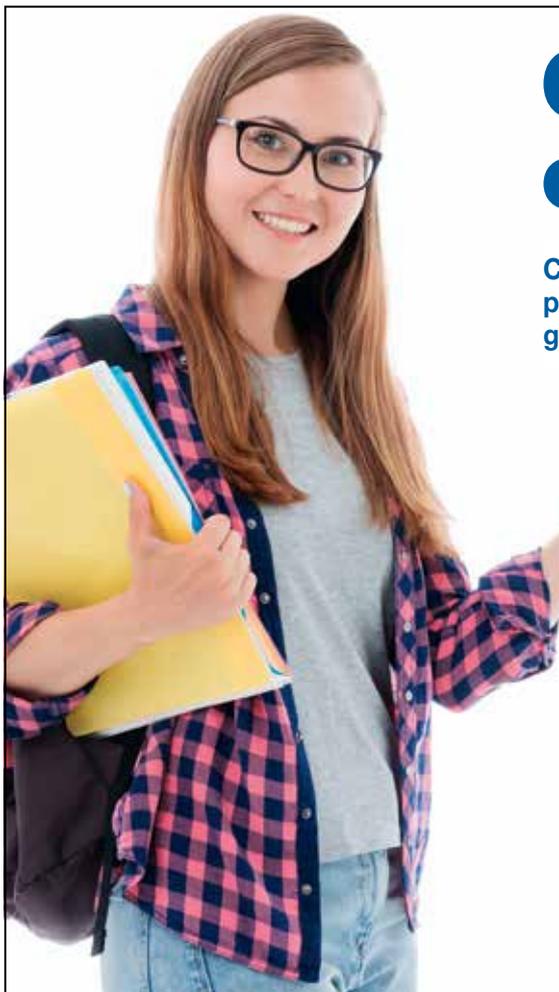
In Luxemburg ist jetzt vor allem eine massive Intensivierung der öffentlichen Investitionen

notwendig, egal wie genau daraufhin die Budgetstatistiken oder die Nominalbeträge der Bruttostaatsschulden aussehen werden. Mutige Investitionen in die Zukunft sind erforderlich, nicht nur angesichts der sich kumulierenden externen Bedrohungen, die wir hier aufgezählt haben, sondern auch weil das Großherzogtum nach und nach wachstumsbedingt bei vielen Infrastrukturen deutlich ins Hintertreffen geraten ist.

Auch wenn Politiker aller Schattierungen dies weiterhin leugnen, muss man hervorheben, dass sich die Lage – trotz einer soliden Steigerung der Ausgaben für Straße und Schiene – in den letzten Jahren weiter verschlechtert hat. Die Arbeit im Homeoffice hat hinsichtlich der Verkehrsstaus nur eine kurzzeitige Linderung gebracht.

Staatlich verschlafenes Wachstum

Keine Krise der letzten 20 Jahre hat es geschafft, das kontinuierliche Entstehen neuer Arbeitsplätze einzudämmen oder die starke Zunahme von ausländischen Pendlern abzubremsen. Auf dem Arbeitsmarkt kamen in zwei Jahrzehnten 216.000 zusätzliche Jobs und 119.000 weitere Grenzgänger hinzu. Gleichzeitig legte die Wohnbevölkerung des Landes um 280.000 Menschen zu. Offensichtlich geschah dies, ohne dass viele politisch Verantwortliche diese Entwicklung real zur Kenntnis genommen und in ihr Handeln einbezogen hätten.



Cours de formation et d'appui scolaires

**Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie
pour les élèves de l'enseignement secondaire classique et
général luxembourgeois**

INSCRIPTION ET INFORMATIONS

ACCUEIL TÉLÉPHONIQUE:

**mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30,
mercredi: de 14h30 à 16h30,
jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30**

**Tél.: 26 77 77 77 – afas@cgfp-services.lu
<https://www.cgfp-services.lu/services/afas>**

AFAS 

**Association de Formation
et d'Appui scolaires a.s.b.l.**

Über den fehlenden Wohnraum, den Mangel an Gewerbezone und Mülldeponien oder die skandalöse Preisentwicklung des Immobilienmarktes wollen wir keine weiteren Worte verlieren. Und selbst bei der Produktion erneuerbarer Energien ist Luxemburg fast das Schlusslicht der gesamten Europäischen Union. Eine Schande sondergleichen!

Diesbezüglich sind alle Entschuldigungen offensichtlicher Unfug. Denn seit Jahrzehnten weiß jedermann in diesem Land, dass sich alle Bauvorhaben stets um fünf bis zehn Jahre verzögern. Da muss man einfach – ist das denn so schwer zu verstehen? – seine Prozeduren mehrere Jahre im Voraus beginnen. Statt sich bei der Planung von den Bedürfnissen in drei oder fünf Jahren leiten zu lassen, wäre es sinnvoller, den Blick auf die kommenden 15 Jahre zu richten.

Ein durchschnittliches demografisches Wachstum von 3,5 % pro Jahr macht nach 15 Jahren ein kumulatives Plus von 67 % aus. Auch nach vielen Jahren schmerzhafter Erfahrungen ist dies allem Anschein nach den politischen Verantwortlichen nicht wirklich zu vermitteln. Für sie ist es einfacher, aus angeblich mangelnden Mitteln – in Luxemburg immer eine offensichtliche Lüge! – die Projekte zeitlich zu verschieben.

Dabei sind die neuen Bedürfnisse ihrerseits heute enorm und vielfältig. Sie reichen von den Herausforderungen des Klimawandels bis hin zu den Anforderungen des digitalen Umbruchs. Es geht hier um nachhaltige Energien und deren Produktion, Verteilung und Speicherung. Erforderlich sind kluge Mobilitätslösungen, Telekommunikationswege, Datenspeicher und Rechenzentren. Auch das im Digitalbereich erforderliche enorme menschliche Know-how muss gewährleistet werden. Gleiches gilt für die notwendigen öffentlichen Sicherheitssysteme, um somit leistungsstarke Kontrollmechanismen und angepasste Verwaltungsstrukturen abzusichern. Nicht vergessen sollte man schließlich die kritische soziale Absicherung, sowohl mit einer soliden Regulierung der neuen numerischen Arbeitswelt als auch der Abfederung des ominösen „Digital Divide“, also dem neuen IT-Analphabetentum, das infolge des rasanten Wandels zu entstehen droht.

Weichenstellung für die Zukunft

Wenn wir nicht heute resolut in diese neue Ökonomie investieren und sie nicht auf unserem Territorium anzusiedeln vermögen, verpassen wir den Zug bei den nun angesagten epochalen Veränderungen und Entwicklungen: beim Internet der Dinge, Big Data, Künstlicher Intelligenz, Machine-Learning, Block-Chain-Technology, High-Performance-Computing, Quantenrechnern, Weltraumindustrie, Space Mining, Erdbeobachtung aus dem All, personalisierter Biomedizin, intelligenten Materien und vieler anderer Produkte und Dienste.

Die Erfahrung ist doch eindeutig. Bei der Schaffung der Eurobanken in den 70er-Jahren beim „Neie Feierwon“ ASTRA 1988/89, beim Durchbruch der europäischen Investment-



fondsindustrie 1990, bei der Ansiedlung des Online-Versandhändlers Amazon und anderer Internetdienstleister rund um das Jahr 2000 oder jüngst den grünen Anleihen („Green Bonds“) sowie beim elektronischen Zahlungsverkehr: Jedes Mal verdiente sich Luxemburg den massiven Bonus des „First Movers“, des Pioniers auf dem jeweiligen neuen Markt, und jedes Mal kassierten wir in den Folgejahren hohe Einkünfte in vielfältiger Form.

Ohne diese Vorwärtsstrategie und das proaktive Investieren von Zeit und von strategischen Ressourcen in viele neue Chancen (nicht immer mit eindeutiger Erfolgsgewissheit) wären wir nicht da, wo wir heute sind. Doch jetzt gerät der Wirtschaftsstandort allmählich wettbewerbsmäßig in Not, weil die Wohn- und Arbeitsräume in Luxemburg für ausländische Pioniere, Unternehmer und Investoren zu teuer werden. Die Ursache dafür liegt darin, dass die öffentliche Hand glaubt, auf diesem Gebiet sparen zu müssen, statt erschwingliche Immobilien zu fördern.

Herausforderung als neue Chance

Wer jetzt verängstigt sagt, der Staat müsse endlich sparen, der ruft nach einer Zukunft, in welcher unser Land gewaltig abgestraft würde. Luxemburg hat, mehr als andere Staaten, die finanzielle und institutionelle Fähigkeit, sich aus der heutigen Krisensituation heraus zu modernisieren und sich an die Spitze der wirtschaftlichen Entwicklung zu stellen. Herausfordernde Zeiten sind stets günstige Gelegenheiten zu einem resoluten Neuaufbruch.

Dies gilt nur für die Mutigen, nicht jedoch für die Ängstlichen. Selbstverständlich sind Maß

und Vorsicht stets geboten (und das beachten unsere Staatsfinanzen seit Jahrzehnten), aber Pessimismus und Panik sind immer fehl am Platz. Ordentlich durchdachte Investitionen sind keine Geldverschwendung, denn wie wir wissen, spielen sie binnen weniger Jahre den Einsatz wieder ein.

Auch das ganze Gerede über die ominöse Rentenmauer ist Unfug. Die Rücklagen des öffentlichen Pensionsfonds für die Privatwirtschaft („fonds de compensation“) haben in den letzten zwei Jahren um 50 % (!!!) zugelegt. Sie stellten Ende 2021 mit über 27 Milliarden Euro mehr als das Fünffache der jährlichen Ausgaben dar. Doch darüber verliert kaum jemand ein Wort!

Die turboliberalen Forderung nach dem angeblich notwendigen Anhäufen von Ersparnissen für die künftigen Generationen ist nur eine verwerfliche Ablenkung von der realen Notwendigkeit, unseren Kindeskindern mit sinnvollen strukturellen Investitionen eine leistungsfähige Wirtschaft und einen günstigen Lebensraum zu erhalten. Und zwar durch massive sofortige Investitionen in die Zukunft des Landes, durch nachhaltige Ausgaben, die langfristig Früchte einbringen werden.

Wählen Sie beim kommenden nationalen Urnengang keine jener lautstarken und phantasielosen Politiker, die heute glauben, sie müssten sich mit absurden Appellen zum Sparen und zur Austerität „staatsmännisch“ profilieren.

Keine Investitionskürzungen und kein Sozialabbau in Luxemburg, was auch immer die nächste Zeit uns an Schwierigkeiten in Europa bringen wird!

Paul Zimmer





Ihr direkter Link zur
Terminvereinbarung.
Wir freuen uns auf Sie:
info-lux@bhw.lu

Gut wohnen heißt: gut beraten sein

BHW – Ihr Partner für die eigenen vier Wände

Wohnen ist alles: Leben, Zukunft, Sicherheit. Machen Sie Ihren Traum vom Eigenheim wahr und arbeiten Sie mit einem Partner zusammen, der es versteht, Sie bedarfsgerecht zu unterstützen.

Die CGFP ist der Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst. Als Mitglied der CGFP profitieren Sie von Top-Konditionen, attraktiven Vorzugsdarlehen und von steuerlichen Vorteilen – abhängig von Ihrer individuellen Einkommenssituation für Ihren eigenen Wohnraum.

Am besten Sie sprechen noch heute unverbindlich mit einem BHW Berater über Ihre Möglichkeiten. Nutzen Sie einfach den Link oder rufen Sie die CGFP Hotline 473651 an.